

## **ENTSCHLIESSUNG ÜBER ERNÄHRUNGSSICHERHEIT, BEGRENZTE WASSERRESSOURCEN UND STABILITÄT IM OSZE-RAUM**

1. Nachdrücklich feststellend, dass Sicherheit unteilbar ist und dass sie deshalb im Falle von Ernährungssicherheit eine globale Frage darstellt und die Interessen eines Staates nicht zum Schaden eines anderen verteidigt werden dürfen,
2. unter Hinweis darauf, dass die Unteilbarkeit von Sicherheit impliziert, dass gemeinsame Werte auch gemeinsame Bemühungen erfordern, etwa um Ernährungssicherheit, das heißt um verfügbare Nahrung und den Zugang der Bevölkerung zu sicherer und gesunder Nahrung vor allem aus lokaler Produktion,
3. in der Erkenntnis, dass Unteilbarkeit heißt, dass wir alle gleichermaßen Ernährungssicherheit anbieten und nachfragen und dass es demzufolge immer wichtiger wird, nicht nur über die Sicherheit im OSZE-Raum, sondern auch über die Sicherheit des OSZE-Raums in den Beziehungen zu Dritten zu sprechen,
4. unter Betonung der Schlussfolgerung, dass die Unteilbarkeit von Sicherheit in zweifacher Hinsicht zu berücksichtigen ist: einerseits mit Blick auf Völkerrechtsverletzungen und Verstöße gegen die grundlegenden Menschenrechte durch Staaten untereinander und andererseits auf übergreifende globale Herausforderungen als Folge der Globalisierung, des weltweiten Bevölkerungswachstums und der zunehmenden Ressourcenknappheit, denen ausnahmslos alle OSZE-Teilnehmerstaaten gegenüberstehen,
5. ferner die Tatsache betonend, dass auch Konfliktverhütung und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten auf der Grundlage der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki 1975 im Dialog der Völker und Regierungen Grundvoraussetzungen für Ernährungssicherheit sind,
6. unterstreichend, dass das Recht auf Nahrung zwar in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ausdrücklich genannt wird, lokale Ernährungssicherheit gleichwohl an Bedeutung gewinnt und zu einem Faktor für wirtschaftliche und politische Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum wird,
7. unter Hinweis darauf, dass nach dem steilen Anstieg der Grundnahrungsmittelpreise, zu dem es – auch infolge von Spekulationen mit Rohstoffen – international seit 2008 kommt, mehrere Länder den Nahrungsmittelbedarf ihrer Bevölkerung nicht mehr decken können, was vereinzelt zu politischen Problemen führt,
8. ferner darauf hinweisend, dass aufgrund ihres Wachstums und sich ändernder Konsumgewohnheiten der Bedarf der Weltbevölkerung an Nahrungsmitteln erheblich steigt, während der Klimawandel und die daraus resultierenden knappen Boden- und Wasserressourcen die landwirtschaftliche Produktion weiter erschweren,

9. zudem darauf hinweisend, dass die sich abzeichnende Ressourcenknappheit private wie öffentliche Investoren dazu animiert, weltweit riesige Flächen und Wasserrechte zu erwerben, was zu einem Zusammenbruch sozialer und wirtschaftlicher Strukturen in den betreffenden Ländern führen könnte und das Risiko für Ernährungsunsicherheit erhöht,
10. überdies feststellend, dass seit einiger Zeit Lebensmittel exportierende Staaten ihre Exporte einseitig einschränken, um Nahrungsmittelengpässen und steigenden Preisen auf Binnenmärkten entgegenzuwirken und die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu sichern, dabei jedoch die Ernährungssicherheit in von Nahrungsmittelimporten abhängigen Staaten gefährden,
11. darin erinnernd, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten Ernährungssicherheit schon mit der EntschlieÙung „Nahrungsmittelkrise und Sicherheit im OSZE-Raum“, die 2009 mit der Erklärung von Wilna verabschiedet wurde, zur Priorität gemacht haben, als sie größere Anstrengungen in den drei OSZE-Tätigkeitsfeldern Konfliktverhütung, Menschenrechte und Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt forderten, denn das Recht auf Nahrung ist untrennbar mit anderen grundlegenden Menschenrechten und politischen Rechten verbunden,
12. ferner daran erinnernd, dass die Parlamentarische Versammlung der OSZE in der oben genannten EntschlieÙung die Erklärung der Hochrangigen Konferenz über Sichere Nahrung für Alle, die am 27. Januar 2009 in Madrid von 126 Ländern verabschiedet wurde, begrüÙt und gebilligt hat,

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE:

13. wiederholt, dass die Schaffung von Ernährungssicherheit auf lokaler und internationaler Ebene eine gewaltige Aufgabe ist, deren Bedeutung für die Sicherheit im OSZE-Raum und darüber hinaus noch zunehmen wird;
14. unterstreicht die Notwendigkeit, das Prinzip der Ernährungssouveränität als notwendige Voraussetzung für Ernährungssicherheit auf lokaler und internationaler Ebene anzuerkennen;
15. betont mit Nachdruck, dass Wasserressourcen, die definitiv schrumpfen werden, eine Schlüsselrolle bei der Herstellung von Ernährungssicherheit spielen werden und dass das Ringen um die Verteilung dieser Ressourcen ein großes Konfliktpotenzial birgt, das die OSZE bei ihren künftigen Bemühungen stärker berücksichtigen sollte;
16. fordert, dass es Familienbetriebe, deren Leistungen im Internationalen Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft 2014 gewürdigt werden, sein sollten, die weiterhin die nachhaltige Versorgung einer wachsenden Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherstellen, und dass die Politik die allgemeinen Rahmenbedingungen schaffen muss, ohne die diese wichtige Aufgabe nicht zu erfüllen ist;

17. fordert ferner, dass die Teilnehmerstaaten die Lebensbedingungen und Infrastruktur im ländlichen Raum zeitnah durch geeignete politische und finanzielle Maßnahmen verbessern und so die Bevölkerung auf dem Land, die Agrarproduktion und die landwirtschaftliche Wertschöpfungskette in vor- und nachgelagerten Bereichen stabilisieren;
18. fordert zudem, dass die Teilnehmerstaaten unverzüglich die Nutzungsrechte für Land- und Wasserressourcen im Sinne der Landwirtschaft und der Landbevölkerung sichern;
19. unterstreicht die Notwendigkeit, systematisch und über 2015 hinaus die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung, speziell die Beseitigung von Hunger und Mangelernährung, zu verfolgen und dies verstärkt vor allem in ländlichen Regionen, wo die große Mehrheit der hungernden Menschen weltweit lebt;
20. fordert, dass die Teilnehmerstaaten, auf lokaler und internationaler Ebene, umgehend Erzeugergemeinschaften und Kooperativen stärken, die auf basisdemokratischen Prinzipien basieren, und sie in die Planung von Angeboten zur Qualifizierung, Kontaktpflege und Forschung einbeziehen;
21. fordert eine größere Kohärenz der manchmal widersprüchlichen Strategien der Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation in Bezug auf lokale und internationale Ernährungssicherheit.